



Grünspecht

Zeitung der GrünenHochschulGruppe Osnabrück

Ausgabe 8

TTIP: Ein halbfertiges Konstrukt

Im Zuge einer seit den 1980er und 1990er Jahren unaufhaltsam voranschreitenden Globalisierung sind die verschiedenen Regionen der Welt enger denn je miteinander verflochten. Menschen aus verschiedenen Kulturen und Ländern kooperieren nationenübergreifend auf vielfältige Weise innerhalb verschiedener Themenbereiche. In dieser nun globalisier-

ten, von komplexen Netzwerken finanzieller-, materieller- sowie informeller Transaktionsströme geprägten Welt steigt die Relevanz der (Welt-) Wirtschaft. Schließlich leben wir in einem westlichen, demokratisch legitimierten System. Genauer: Dieses westliche System umfasst ein liberal-demokratisches Politik- und Gesellschaftsverständnis und beinhaltet

ein marktwirtschaftlich-kapitalistisches Ordnungssystem. Die enge Verzahnung von Politik, Staat und Wirtschaft ist ein ihr inhärentes, komplexes Phänomen und bestimmt unseren, mitunter politischen, Alltag. Im Rahmen der europäischen Staaten- und Finanzkrise 2008/2009 erhielt der Wirtschaftssektor

Weiter auf Seite 2

In dieser Ausgabe:

<i>TTIP: ein halbfertiges Konstrukt</i>	1
<i>Rezept: One-Pot-Pasta</i>	3
<i>Menschenrecht auf Wasser</i>	4
<i>Zahltag für Shell</i>	4
<i>Abwarten kann Leben kosten</i>	5
<i>transGender als Feindbild</i>	6
<i>Neues aus dem StuRa</i>	7

Themen in dieser Ausgabe:

- TTIP
- Wasser
- Abtreibung
- Menschenrechte

Zwei Premieren!

Wir sind stolz, euch schon den achten Grünspecht präsentieren zu können. Für diese Ausgabe gibt es gleich zwei Premieren, auf die wir stolz sind. Zum einen ist uns erlaubt worden, Artikel

aus dem Amnesty Journal zu übernehmen. Dafür, dass wir diese nachdrucken dürfen, sind wir sehr dankbar. Danke an Paul, der sich darum gekümmert hat. Zum anderen dürfen wir

einen Konkurrenten begrüßen. Die Juso-Hochschulgruppe hat das Rotkehlchen ins Leben gerufen und möchte euch nun auch informieren. Wir sind gespannt auf ihre Ausgaben. (tb)

eine besondere mediale Aufmerksamkeit. Dieses facettenreiche Spektrum an ‚guten‘ und schlechten bzw. ‚weniger guten‘ Nachrichten aus dem europäischen Wirtschaftsraum beherrscht noch immer die öffentliche und innenpolitische Debatte. Nun, zu einem Zeitpunkt an dem die deutsche Wirtschaft scheinbar unaufhaltsam weiter wächst und sich Europa mehr oder weniger ‚gut‘ von den stets noch vorhandenen Nachwehen der letzten Krisenjahre zu erholen scheint, erscheint der Zeitpunkt reif zu sein für einen Meilenstein der ökonomischen Superlative.

Seit dem 13. Februar 2013 laufen die Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika (USA) und der Europäischen Union (EU) über *eine Vertiefung ihrer transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen*. Dieses Mammutprojekt zwischen zwei Wirtschaftsräumen, die somit eine Vereinigung zum weltweit größten – gemeinsamen – Wirtschaftsraum anstreben, ist unter dem Begriff *Transnationale Handels- und Investitionspartnerschaft (Transatlantic Trade and Investment Partnership/ TTIP)* gegenwärtig in aller Munde. Dieser beinhaltet zunächst nichts Weiteres als ein großflächiges Freihandelsabkommen. Davon wären 800 Millionen Menschen betroffen. Weiterhin würde auf diese Weise die Hälfte des globalen Bruttosozialpro-

dukts in Kooperation zwischen den USA und der EU erwirtschaftet. Der Einfluss von TTIP würde bisher ungeahnte Spielräume für die Wirtschaft beider Kontinente sowie jene mit ihr verbundenen internen sowie externen Akteure entfalten. Dies würde nicht nur den Handel erleichtern, sondern weitgehende Veränderungen bewirken die mit den bisherigen Normen in nicht unbeachtlicher Weise brechen. Wenn man genauer hinsieht wird deutlich, dass TTIP bis jetzt nicht mehr als ein polit-und wirtschaftstheoretisches Konstrukt ist, deren Planung und Grundfesten zwar im Groben bestehen. Jedoch ist das Fundament dieses Konstrukts noch nicht vorhanden, so-

dass uns bisher nicht vielmehr bleibt als ein labiles Kartenhaus das noch einer weitestgehenden Wandelbarkeit unterworfen ist.

Die Debatte um das Freihandelsabkommen ist bereits entbrannt und es werden von Befürwortern und Kritikern Argumente vorgetragen, die sich Pro und Contra TTIP einordnen lassen. Befürworter von TTIP, vornehmlich Akteure aus den Koalitionsparteien und der Wirtschaft, sehen folgende wesentlichen Vorteile: Wirtschaftswachstum, Arbeitsplätze, strategische Allianz gegen

fernöstliche Konkurrenten sowie ein günstiges und vielfältiges Angebot an Waren vom täglichen bis hin zum episodischen Bedarf. Die Kritiker hingegen sind weniger optimistisch, sondern eher skeptisch bis ablehnend, und sehen folgende wesentlichen Nachteile: Verzerrter Wettbewerb im Hinblick auf z.B. kleinere Landwirtschaftsbetriebe wie Biobauern, die Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse, die Ausbeutung des Verbraucherschutzes, sowie eine exorbitante Vernachlässigung des Umweltschutzes und nicht zuletzt die Herabwürdigung der Würde von Nutztieren in Massenbetrieben. Beide Parteien stehen sich unversöhnlich gegenüber:

„wo bleibt hier eigentlich die Demokratie?“

Völlig zurecht! Freilich mögen Vorteile für Staat, Wirtschaft und Gesellschaft erwachsen, das nicht

nur aufgrund der stark affinen *Kosten- und Produktivitätsstruktur*. Und möglicherweise würden für die *Handels-, Wirtschafts-, Lohn- und Beschäftigungsstrukturen* ja gar keine Nachteile entstehen. Der Konjunktiv trifft auf die ‚halbfertige‘ Realität: Zukunft ungewiss.

Wo aber bleibt hierbei die Demokratie? Schiedsgerichte zur Beilegung von Streitigkeiten und Irritationen, ist das mit deutschem oder gar EU-Recht vereinbar? Die ethischen Richtlinien zur würdevollen Behand-

lung sowie Haltung von ‚Nutz-‘ Tieren, der Schutz für nachhaltig biologische Landwirtschaft, der Verbraucherschutz vor genmanipulierten Lebensmitteln: Alles nur Illusion? Auch wenn das legendäre Chlorhähnchen inzwischen in seiner Funktion ausgedient hat, so sind die wesentlichen Fragen zur Verträglichkeit von TTIP mit demokratischen sowie sozioökonomischen und ökologischen Prinzi-

pien noch lange nicht vom Tisch. Insbesondere die kleineren Landwirtschaftsbetriebe stehen einem großen Problem gegenüber. Ausgang ungewiss. In der Tat bestehen noch viele Unregelmäßigkeiten, herrscht weiterhin Unklarheit über die eigentliche Verfasstheit und innere Ausgestaltung von TTIP vor. Umso weniger verwundert es, dass die Mehrheit der deutschen Bevölkerung sowie jene

anderer EU-Länder sich gegen TTIP aussprechen. Dies ist ein klares Signal. Der Primat der Wirtschaft soll nicht über die Politik oder gar die Demokratie entscheiden. Ökologische Nachhaltigkeit ist nicht verhandelbar. Viele Fragen sind noch offen und verlangen nach einer demokratischen sowie kritischen Diskussion!

Ein chaotisches Rezept: One-Pot-Pasta

in 15 Minuten fertig & super-einfach zu machen. Für zwei Personen / einen hungrigen Studierenden, ca. 1 €

Zutaten:

1 Dose Tomaten, ½ Packung Spaghetti, 2 Zwiebeln

optional: 1 Zehe Knoblauch

300ml Wasser, Olivenöl, Oregano, Salz & Pfeffer

Ein Topping deiner Wahl, siehe unten

Anleitung:

Zwiebeln achteln, Knoblauch fein hacken. Zusammen mit allen anderen Zutaten und den Nudeln, außer den Gewürzen, in einen großen Topf oder eine große Pfanne geben und bei höchster Stufe auf den Herd

stellen. Mit einem Kochlöffel die Nudeln unter die Soße drücken und sobald alles kocht, etwa 10 Minuten bei kleinerer Hitze weiterköcheln lassen. Sollte die Soße zuvor bereits zu dick werden, etwas Wasser nachgeben. Mit viel Oregano würzen und mit Pfeffer und Salz abschmecken. Großzügig mit Topping anrichten.

Indem du die Nudeln direkt in ihrer Soße kochst, können sie viel mehr Geschmack aufnehmen als normalerweise, deshalb schmecken sie auch im italienischen Restaurant so viel besser (dort macht man es so ähnlich!). Die schönen Nebenefekte davon sind, dass du da-

nach nur einen einzigen Topf spülen musst und kaum Arbeit hast. Nebenbei kannst du dir auch noch richtig großzügige Toppings leisten, da das Grundrezept nicht nur einfach, sondern auch unverschämt billig ist.

Zwei Vorschläge für Toppings

Klassisch:

halbierte Cocktailtomaten, Basilikum, für die nicht-Veganer_innen: Mozzarella

Griechisch:

Rucola, frische Tomaten, gewürfelt, Cranberries, Walnüsse, (ls)

Menschenrecht auf Wasser

Mit Erlaubnis übernommen aus dem Amnesty Journal 2-3/2015, S.61.

Als »unverzichtbar für den vollen Genuss des Lebens«, bezeichnet die UNO den Zugang zu sauberem Trinkwasser und zur Sanitärversorgung. Seit Juli 2010 liegt eine UNO-Resolution vor, in der diese Worte gewählt werden. Seither kann die kanadische Wasser-Aktivistin Maude Barlow zumindest ein wenig aufatmen. Ein wenig nur, denn jenseits von Erklärungen der Organisation der Vereinten Nationen bleibt die Wasserkrise aufgrund von Ressourcenraub und Klimawandel virulent. In ihrem neuen Buch »Blaue Zukunft« schreibt Barlow: »In nur

zwei Generationen wird sich die Mehrheit der Menschen auf der Erde mit einer ernsten Wasserknappheit konfrontiert sehen, und die Wassersysteme der Welt werden an einen Punkt angelangt sein, an dem es zu unumkehrbaren Veränderungen mit möglicherweise katastrophalen Folgen kommt.« Dieser Satz zeigt, dass es die Autorin apokalyptisch mag. Darunter leidet ein lesenswertes Buch, das das Menschenrecht auf Wasser gegen seine politischen, ökonomischen und juristischen Gegner verteidigt und noch dazu konstruktive Vor-

schläge zur Verbesserung der Situation bereithält. Vom Wassergrundrecht über die sogenannte Wasserallmende und die Wasser verschwendende Agrarindustrie bis zum möglichen Wasserkrieg zieht Barlow eine konsistente Argumentation auf.

Maude Barlow: Blaue Zukunft. Das Recht auf Wasser und wie wir es schützen können. Aus dem Englischen von Gabriele Gockel und Thomas Wollermann. Verlag Antje, Kunstmann, München 2014. 352 Seiten, 22,95 Euro.

Zahltag für Shell

mit Erlaubnis übernommen aus dem Amnesty Journal 2-3/2015, S.7.

Shell wird für das ölverseuchte Nigerdelta endlich bezahlen. Seit 2008 haben die Bewohner der Kleinstadt Bodo auf eine Entschädigung gewartet. Dort liefen damals mehr als 100.000 Barrel Erdöl aus korrodierten Leitungen aus. Fischer und Bauern verloren aufgrund der Verschmutzung ihre Lebensgrundlage und verarmten massenhaft. Immer wieder leugnete Shell das verheerende Ausmaß der Katastrophe und trat mit falschen Angaben an die Öffentlichkeit. Nach einer außerge-

richtlichen Einigung bezahlt Shell jetzt 70 Millionen Euro. Davon gehen 44,5 Millionen Euro direkt an die 15.600 betroffenen Personen, der übrige Betrag an die Gemeinde. »Es ist ein lang erwarteter Sieg für die Menschen von Bodo, aber es hätte nicht sechs Jahre dauern müssen, bis Shell eine annähernd faire Entschädigung anbietet«, sagte Audrey Gaughran, Leiterin der Abteilung Globale Themen von Amnesty International. Shell war über den mangelhaften Zustand der Leitungen schon Jahre

zuvor informiert. Auch nach dem Unglück hat sich die Situation nicht grundlegend geändert.

Tausenden weiteren Menschen im Nigerdelta drohen auch heute noch Ölkatastrophen, weil Shell marode Pipelines nicht repariert oder ersetzt. »Die Ölverseuchung des Nigerdeltas gehört zu den größten Unternehmensskandalen unserer Zeit«, sagte Gaughran und forderte von Shell ein grundsätzliches Umdenken.

Info: Die Amnesty Hochschulgruppe trifft sich jeden Dienstag von 20 bis 21:30 im AStA zweiter Stock, weitere Informationen findet ihr auch auf ihrer Webseite <http://amnesty-hochschulen-os.de/> oder bei den zahlreichen Infoständen, die sie an der Universität organisieren.

»Abwarten kann Leben kosten«

Mit Erlaubnis übernommen aus dem Amnesty Journal 2-3/2015, S.32.

El Salvador hat eines der striktesten Abtreibungsgesetze weltweit. Sogar Frauen, die Fehl- und Frühgeburten erleiden, werden kriminalisiert. Für 17 von ihnen reichte die »Bürgerliche Vereinigung für die Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs« exemplarisch Begnadigungsgesuche ein. Kathrin Zeiske sprach mit einer Rechtsanwältin der inhaftierten Frauen, Daniela Ramos.

Seit Monaten steht eine Begnadigung der 17 Frauen aus. Was ist der aktuelle Stand?

Bisher befindet sich von den 17 Frauen nur Mirna wieder in Freiheit. Sie wurde nach über zwölf Jahren Haft wegen guter Führung entlassen. Zwar hatte der Oberste Gerichtshof in ihrem Fall positiv über eine Begnadigung entschieden, doch das Parlament, das diese annehmen und umsetzen muss, reagierte nicht. Die Abgeordneten erachteten es wohl nicht für wichtig, Mirna Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.

Die Kampagne für »Die 17« geht also trotzdem weiter?

Ja, denn in Mirnas Akte wird für immer »vorbestraft« stehen. Und sie wird für die Vormundschaft ihrer Tochter kämpfen müssen, die ihr entzogen wurde, als sie ins Gefängnis kam – wegen Mordversuch an ihrem Kind, so lautete damals die Anklage. Als »Bürgerliche Vereinigung« unterstützen wir sie juristisch und psychologisch. Denn alles, was Mirna durchgemacht hat, hat Spuren hinterlassen. Für niemanden ist es einfach, nach so langer Zeit aus dem Gefängnis zu kommen. Man muss sich neu zurechtfinden und wieder ein Alltagsleben mit der Familie aufbauen. Wenigstens

hat Mirna Arbeit.

Hätte der Oberste Gerichtshof nicht alle Begnadigungsgesuche bis Ende 2014 bearbeiten müssen?

Die gesetzlich vorgegebene Frist wurde nicht eingehalten. Gutachten der Gefängnisverwaltung über die gefangenen Frauen wurden erst Mitte November an das Parlament übergeben, das sie an den Obersten Gerichtshof weiterleitete. Angeblich sollen dem Parlament mittlerweile weitere Bescheide vom Gerichtshof vorliegen. Vermutlich handelt es sich bei den betreffenden Frauen zunächst um jene, deren Kinder die Frühgeburt überlebt haben, aufgrund derer ihre Mütter kriminalisiert wurden. Liegt eine vom Obersten Gericht positiv beschiedene Begnadigung einmal dem Parlament vor, muss dieses innerhalb von ein bis zwei Monaten reagieren. Doch bisher wurde kein einziger Fall der »17« auf die parlamentarische Agenda gesetzt.

Im September 2014 besuchte der Amnesty-Generalsekretär, Salil Shetty, El Salvador. Von Präsident Salvador Sánchez Cerén wurde er nicht empfangen ...

Der Präsident ist wohl gar

nicht im Land gewesen, obwohl ein Treffen lange angefragt war. Er ist der unangenehmen Kritik aus dem Weg gegangen. Aber Salil Shetty hat sich mit wichtigen Akteuren im Begnadigungsprozess austauschen können: mit Abgeordneten, dem Parlamentspräsidenten und Richtern des Obersten Gerichtshofes. Und es gab ein gut besuchtes öffentlichkeitswirksames Forum, bei dem Shetty den aktuellen Amnesty-Bericht zu El Salvador vorstellte.

Was hat die Kampagne für »Die 17« bisher erreichen können?

Allgemein findet die Diskussion um reproduktive Rechte immer mehr Beachtung im Land. Auf einer Großdemonstration am 25. November, dem Tag gegen Gewalt gegen Frauen, war die Begnadigung der »17« eine zentrale Forderung. Das Abtreibungsgesetz und seine fatalen Folgen für Frauen und Mädchen sind zu einem Thema geworden, das zwar kontrovers und polemisch diskutiert wird, aber definitiv aus der Tabuzone heraus ist. Und dabei hat die weltweite Kampagne von Amnesty International enorm geholfen. Die internationale Solidarität mit den 17 Frauen ist sehr präsent in El Salvador.

Welche Hindernisse stehen

einer Begnadigung im Wege?

Einerseits sind es Angehörige des elitären katholischen Opus Dei, die wichtige Justizämter bekleiden und sich gegen das Entscheidungsrecht der Frauen über Körper und Mutterschaft stellen. Andererseits ist in El Salvador der Wahlkampf für die Bürgermeister- und Abgeordnetenwahlen im März 2015 angelaufen. Niemand will Wählerstimmen verlieren, indem er oder sie ein so heißes Eisen wie das Thema Schwangerschaftsabbruch anrührt. Wir als »Bürgerschaftliche Vereini-

gung« setzen alles daran, dass »Die 17« in der Zwischenzeit nicht in Vergessenheit geraten. Wir wollen, dass diese Frauen endlich wieder frei sind. Die Agonie des Wartens muss ein Ende haben.

Dutzende weitere Frauen müssen wegen vergleichbaren Fällen hohe Strafen verbüßen. Welche Hoffnungen haben sie?

Seitdem wir »Die 17« betreuen, haben sich uns weitere Frauen vertrauensvoll angenähert. Denn ihr Schicksal ist kein Einzelfall. Solange sich die Gesetze in El Salvador nicht än-

dern, bedeuten Schwangerschaften ein Risiko für Leben und Freiheit von Mädchen und Frauen. Denn Abtreibung ist nicht erlaubt, obwohl es keine Sexualaufklärung gibt, obwohl junge Mädchen keinen Zugang zu Verhütungsmitteln haben und weltweit die höchste Schwangerschaftsrate von Minderjährigen existiert, obwohl Vergewaltigungen durch Banden in vielen Armenvierteln an der Tagesordnung sind, obwohl gerade arme Frauen von einer ausreichenden medizinischen Betreuung in der Schwangerschaft ausgeschlossen sind. Abwarten kann da Leben kosten.

transGender als Feindbild

Mit Erlaubnis übernommen aus dem Amnesty Journal 2-3/2015, S. 14.

Angst auf der Straße, keine Chance auf dem Arbeitsmarkt und bloß nicht mit der falschen Kleidung auffallen: Transgender-Personen erleben in der EU Gewalt und Diskriminierung. Zu diesem Ergebnis kommt ein Bericht der EUGrundrechteagentur. Die Hälfte der Befragten gab an, öffentliche Plätze und Straßen zu meiden. In Großbritannien, Ungarn und Irland gibt es für zwei von drei Befragten No-Go-Areas. Grund dafür sind Übergriffe und Pö-

beleien, die meist von Gruppen männlicher Teenager ausgehen. Gewalterfahrungen machen Transgender-Personen insbesondere in Litauen, Irland, Belgien und Großbritannien.

Männliche Cross-Dresser und Trans-Frauen werden besonders oft angegriffen. Rechtsextreme Motive sind dabei nicht die Regel. Dass die Betroffenen auch stark diskriminiert werden, machen Angaben zum Ar-

beitsmarkt deutlich: Während im EU Durchschnitt 72 Prozent aller Männer beschäftigt sind, sind es unter Trans-Männern nur 36 Prozent. Bei Trans-Frauen ist der Unterschied etwas weniger ausgeprägt. Auch in den Bereichen Bildung und Gesundheit gibt es eine erschreckende Kluft. Die Grundrechteagentur spricht von einer »alarmierenden Realität für Transgender-Personen« in Europa.

Ein großes Danke für die so starke
Beteiligung beim Kleidertausch!

Stockhiebe gegen die Meinungsfreiheit

Mit Erlaubnis übernommen aus dem Amnesty Journal 2-3/2015, S. 14.

Er erhielt 50 Stockhiebe in fünf Minuten. Der saudische Blogger Raif Badawi wurde am 9. Januar vor der Dschafali Moschee in Dschidda geschlagen. Weitere 950 Schläge sollten in den kommenden Monaten folgen. Aus medizinischen Gründen wurde die für den 16. Januar geplante, zweite Vollstreckung der Prügelstrafe ausgesetzt. Die Gefahr erneuter Schläge besteht zugleich

fort. Amnesty hatte sich vehement gegen die Prügelstrafe sowie für seine Freilassung eingesetzt und den Fall auch im Briefmarathon aufgegriffen. Neben den Stockhieben wurde der Blogger zu zehn Jahren Haft und einer Geldstrafe von umgerechnet et-

„50 Stockhiebe in fünf Minuten“

wa 200.000 Euro verurteilt. Er darf das Land nach Verbüßung seiner Haft zehn Jahre lang nicht verlassen. Seine Familie ist nach Kanada geflüchtet. »Eine solch grausame Bestrafung für jemand, der lediglich ein öffentliches Diskussionsforum im Internet geschaffen hat, ist äußerst erschreckend«, sagte Philip Luther, Amnesty-Experte für den Nahen Osten und Nordafrika.

Neues aus dem Studierendenrat

In den letzten Monaten waren auch die Gremien der studentischen Selbstverwaltung fleißig. Nach den Wahlen im Januar, stand im April als erstens die Konstituierung des StuRa an. Bei dieser ersten Sitzung wurden die Ausschüsse und das Präsidium gewählt, welche einen Großteil des Tagesgeschäftes und der Vorbereitung der Sitzungen vornehmen.

Des Weiteren wurde die Stellen für die neuen Referenten des AStA ausgeschrieben. Dabei wurde die bisherige Verteilung der Aufgabengebiete eingehalten. Trotzdem gibt es im Moment unter den Hochschulgruppen und auch im AStA zur Überarbeitung der Struktur. Zu diesem Zwecke hat sich eine Arbeitsgruppe gebildet, die sich damit im Detail befassen soll. Mit einem Ergebnis ist im

Herbst zu rechnen. Auf der zweiten Sitzung des StuRa wurden dann die neuen Referenten nach einer Vorstellungsrunde gewählt. Bis auf 3 Referentenstellen wurden alle Referate besetzt.

Als nächstes stand das Großereignis Fairytales Festival auf dem Programm. Vom AStA organisiert und von vielen freiwilligen Helfern unterstützt, denen wir auch an dieser Stelle danken wollen, wurde ein gutes Festival bei gutem Wetter auf die Beine gestellt. Die Diskussionen um das Festival waren für das Wochenende vergessen. Die endgültigen Kosten werden den StuRa aber sich noch beschäftigen, da die JU Hochschulgruppe bereits eine Überarbeitung des Konzeptes gefordert hat, damit über mehr Sponsoren noch mehr Einnah-

men generiert werden können. Wir als Hochschulgruppe sehen dies sehr skeptisch, da wir das Festival nicht als kommerzielle Veranstaltung ansehen und viele Sponsoren mit ihren Methoden kritisch zu sehen sind. Als Beispiel seien hier Versicherungsdienstleister genannt. In diesem Semester wird es noch zwei weitere Sitzungen geben, in denen es unter anderem um die Beitragsordnung für das neue Semesterticket gehen wird.

Auf der Ebene des Landes Niedersachsen wird im Moment ein neues Hochschulgesetz besprochen. Auch hier versuchen wir uns einzumischen, aber bisher gab es noch keine öffentlichen Gespräche und wir halten euch auf dem Laufenden, was sich dort entwickelt. (tb)

Grüne Hochschulgruppe

Impressum:

V.i.s.d.P: Thorge Babbe
Alte Münze 12
49074 Osnabrück

E-Mail: ghg@asta.uni-osnabrueck.de

www.gruenmachtsexy.com

Autorenkürzel: Frederic Benzler (fb),
Thorge Babbe (tb), Leon Schmid (ls)

Alle Artikel geben die persönliche
Meinung der Autorinnen und Autoren
wieder.

Wichtige Termine in den kommenden Tagen:

24.06.2015 StuRa-Sitzung ab 16 Uhr in 15/E10

25.06.2015 Filmreihe Nachhaltigkeit Warum?
Mit dem Film „Weggeworfen - Trashed“ ab
18:30 in der 15/133 (EW-Gebäude).

07.07.2015 Rechtsberatung im AStA

07.07.2015 DKMS Typisierung

15.07.2015 StuRa-Sitzung ab 16 Uhr

Wer sind wir?

Wir sind die Grüne Hochschulgruppe und setzen uns dafür ein, das Hochschulleben an der Universität Osnabrück ökologischer, demokratischer und sozialer zu gestalten. Hierzu engagieren wir uns im Studierendenrat (StuRa), im Senat, sowie in zahlreichen Ausschüssen und Kommissionen der Universität und Verfassten Studierendenschaft. Darüber hinaus versuchen wir durch überregionale Kooperationen und Aktionen auch außerhalb der universitären Gremien auf die landes- und bundesweite Politik einzu-

wirken. Es gibt viele gute Gründe bei uns aktiv zu werden. Am Besten du findest sie selbst heraus. Komm einfach zu einem unserer Treffen oder schreib uns - wenn du Fragen hast.

Die Arbeit der Grünen Hochschulgruppe ist breit gefächert, wir freuen uns immer über neue Ideen und Vorschläge. Wie stark du dich engagieren willst, entscheidest du selbst. Es gibt viele Möglichkeiten dazu.

Triff dich mit uns!

Interessierte Studenten und neue Mitglieder sind uns jederzeit willkommen! Wir treffen uns jede Woche im AstA-Sitzungssaal, normalerweise Dienstags 20 Uhr. In der vorlesungsfreien Zeit finden die Treffen unregelmäßiger oder zeitlich verschoben statt, daher in dem Fall am besten vorher kurz mit uns Kontakt aufnehmen.

Wir freuen uns auf dich!